

## International

### Umsturz in der Ukraine

# «Es kommt zur Hexenjagd»

Der österreichische Investor Peter Goldscheider beklagt die Korruption auf allen Ebenen in der Ukraine. Jetzt kämen auch nicht lauter anständige Leute an die Macht.

Mit Peter Goldscheider sprach Bernhard Odehnal

**Sie haben sich letztes Jahr aus der Ukraine zurückgezogen. Was müsste sich ändern, damit Sie wieder zu Investitionen bereit wären?**

Ich habe 2013 die Firma Ukrtelecom verkauft, aber mich nicht aus der Ukraine zurückgezogen. Wir haben noch immer zwei Unternehmen im Land. Die werden auch bleiben, obwohl sich die politische Lage nur kurzfristig stabilisieren wird. Ich glaube nicht, dass es der Opposition gelingen wird, eine Regierung zu bilden, die mehrere Jahre hält.

**Warum trauen Sie den Parteien von Julija Timoschenko, Witali Klitschko und den Nationalisten nicht zu, an einem Strang zu ziehen?**

Nach der Orangen Revolution war es nicht einmal möglich, dass Timoschenko und der damalige Präsident Wiktor Juschtschenko einen Burgfrieden schlossen. Deshalb erwarte ich nicht, dass sich die Opposition jetzt auf ein gemeinsames Programm wird einigen können. Leider denken alle nur an kurzfristigen Erfolg. Ukrainische Politiker lehnen Zusammenarbeit auf geradezu lustvolle Art ab. Dabei kennen alle Akteure einander. Interimspräsident Alexander Turtschinow lernte ich vor vielen Jahren im Kabinett des damaligen Staatspräsidenten Leonid Kutschma kennen. Ich gehe davon aus, dass in der neuen Regierung auch Vertreter der Partei der Regionen von Wiktor Janukowitsch sitzen werden.

**Was bedeutet das für die Wirtschaft?**

Die Ukraine ist praktisch pleite. Die Wirtschaft bräuchte jetzt vor allem Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit. Ich würde aber selbst meinen risikofreudigen Freunden in New York jetzt nicht empfehlen, in der Ukraine zu investieren. Es gibt ein enormes Währungsrisiko im Moment. Ein anderes Problem ist die Korruption auf allen Ebenen. In den Unternehmen gibt es Managerebenen, die nur dazu sind, die Parteiparade zu schmieren.

**Was soll die EU jetzt tun?**

Nur eine trilaterale Lösung hat Aussicht auf Erfolg. Der Aussenhandel der Ukraine wird zu über 30 Prozent mit Russland abgewickelt. 85 Prozent der Gasexporte Russlands nach Europa laufen über die Ukraine. Die EU müsste also gemeinsam mit der neuen ukrainischen Führung und mit Russland eine Lösung suchen. Sie sollte sehr schnell eine Ukraine-Konferenz einberufen.

**Seit der Gaskrise im Jahr 2008 spielt doch Russland in der Ukraine**



Anhänger der Opposition wärmen sich an einem Feuer im Stadtzentrum Kiews. Foto: Emilio Morenatti (AP, Keystone)

**hauptsächlich eine destruktive Rolle.**

Das sehe ich überhaupt nicht so. Wenn man an die riesigen Schulden der Ukraine denkt und an die fallenden Gaspreise, die Gazprom treffen, muss man sagen, dass sich Russland sehr fair verhalten hat. Wenn wir jetzt Töne wie im Kalten Krieg hören, kommen die eher von der EU als aus Moskau.

**Moskau zweifelt auch die Legitimität der neuen Regierung an.**

Was in Kiew passierte, war verfassungsrechtlich auch nicht legitimiert. Ich weine der Familie Janukowitsch keine Träne nach. Aber man kann jetzt nicht so tun, als wäre sein Sturz rechtmässig gewesen. Janukowitsch wurde in einer demokrati-



**Peter Goldscheider**  
Der Investor arbeitet seit 20 Jahren in der Ukraine. 2011 kaufte er das grösste Telecomunternehmen des Landes, 2013 verkaufte er es an den Oligarchen Rinat Achmetow.

schen, von der OSZE bestätigten Wahl Präsident. Und wären morgen Parlamentswahlen, würde seine Partei der Regionen unter neuer Führung wahrscheinlich wieder zur stimmenstärksten Partei.

**Strebt Russland die Teilung der Ukraine an?**

Es wird keine Teilung geben und auch keinen Einmarsch russischer Truppen. Ausser vielleicht auf der Krim.

**Der besonders russlandfreundliche Osten der Ukraine gilt als Wirtschaftsmotor des Landes.**

Das stimmt schon länger nicht mehr. Vor 20 Jahren kamen zwei Drittel des Bruttonationalprodukts aus dem Osten und Süden des Landes. Heute kommen aber 54 Prozent des BIP aus dem Zentrum und dem Westen. Der Dienstleistungssektor und die IT-Branche werden immer wichtiger. Die Schwerindustrie im Osten verliert an Bedeutung.

**In welchen Branchen würden Sie heute in der Ukraine investieren?**

Wir sind im Telecombereich tätig, da gibt es genug Nischen. Den Energiesektor meide ich, denn mit den Oligarchen lege

ich mich nicht an. Ein grosses Problem für die Wirtschaft ist der Zwischenhandel im Energiebereich. Er dient nur dazu, dass sich gewisse Leute bereichern.

**Jene Oligarchen, die Janukowitsch nahestehen, könnten jetzt viel verlieren?**

Das glaube ich schon. Es wird nun zu einer Hexenjagd kommen, viel umfassender als jene nach dem Scheitern von Timoschenko und Juschtschenko. Jetzt kommen ja auch nicht gerade lauter honorige, anständige Leute an die Macht.

**Sie haben Ihre Firma Ukrtelecom dem reichsten Ukrainer, Rinat Achmetow, verkauft. Halten Sie ihn für einen seriösen Geschäftsmann?**

Achmetow und anderen Oligarchen ist zumindest gelungen, die zwielichtigen Methoden abzulegen und professionelle Unternehmen aufzubauen. Da sitzen überall McKinsey-Leute drin. Im 19. Jahrhundert dauerte dieser Übergang in den USA zwei Generationen. Die Oligarchen im Osten erledigten das schneller.

Dossier: Umsturz in der Ukraine  
[www.ukraine.tagesanzeiger.ch](http://www.ukraine.tagesanzeiger.ch)

## Guldimann, übernehmen Sie

Die Schweiz will im Namen der OSZE in der Ukraine vermitteln. Bundespräsident Burkharter hat bereits seinen prominentesten Botschafter nach Kiew entsandt.

Von Christof Mürger

Eben noch hat Tim Guldimann versucht, nach dem Ja zur SVP-Initiative den Deutschen unsere direkte Demokratie zu erklären. Für den Schweizer Botschafter in Berlin war dies jedoch höchstens eine Fingerübung im Vergleich zu dem, was nun kommt: Ab sofort ist er der persönliche Gesandte für die Ukraine von Bundespräsident Didier Burkharter und damit auch der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Der Schweizer Aussenminister hat dies gestern vor dem UNO-Sicherheitsrat bekannt gegeben.



Tim Guldimann.

Die Schweiz hat dieses Jahr den Vorsitz der OSZE. Burkharter schlug in deren Namen eine internationale Kontaktgruppe vor, der nicht nur die Ukraine, sondern auch die EU, die USA und vor allem Russland angehören sollen: «Die OSZE verfügt wegen ihrer Unbefangenheit über die nötigen Eigenschaften, um diese Gruppe zu beherbergen und zu moderieren.» Ein Erkundungsteam der OSZE sei bereits in Kiew eingetroffen, sagte Burkharter in New York weiter. «Es ist dringend notwendig, zwischen allen beteiligten Parteien Vertrauen aufzubauen.» Deshalb soll das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte, eine OSZE-Unterorganisation, das Massaker während des Umsturzes untersuchen und die «nationale Aussöhnung in der Ukraine erleichtern».

**Praktiker der Diplomatie**

Die Wahl Guldimanns als Vermittler in der Ukraine ist nachvollziehbar. Der 63-jährige Diplomat kennt Osteuropa und spricht Russisch. Ein Höhepunkt seiner Laufbahn war ein früheres Mandat in der Region: Von 1996 bis 1997 leitete er als Botschafter in Moskau die OSZE-Mission in Tschetschenien, wo er den ersten Friedensvertrag aushandelte, der später allerdings scheiterte.

Aus dieser Zeit stammt eine Anekdote, die Guldimann als Praktiker der Diplomatie zeigt: Er hatte ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem tschetschenischen Separatistenpräsidenten Selimchan Jandarbijew vermittelt, wie die «Süddeutsche Zeitung» berichtete. Im Kreml nahm also Jelzin am Kopf des Tisches Platz, wies auf die Seite und herrschte den Tschetschenen an: «Setz dich!» Der stolze Rebell machte jedoch keine Anstalten, den Platz eines Bittstellers einzunehmen. Guldimann erkannte, dass das Treffen zu scheitern drohte, und schlug Jelzin vor, dem Gast den Stuhl am andern Kopfende anzubieten. Jelzin verstand, setzte sich selbst auf die Tischseite und forderte seinen Widersacher nun höflich auf, ihm gegenüber Platz zu nehmen.

Erfahrung bringt Guldimann also mit, er hat auch die OSZE-Mission in Kroatien (1997-1999) und in Kosovo (2007-2008) geleitet. Von 1999 bis 2004 war er Botschafter in Teheran, ein delikater Posten, da die Schweiz im Iran auch die US-Interessen vertritt: Dem Vernehmen nach soll Guldimann mit seinen Vorschlägen, wie zwischen den Erzfeinden zu vermitteln sei, in Washington auf wenig Gegenliebe gestossen sein.

Trotzdem setzt Burkharter auf Guldimann, zumal er als Unidozent das Metier auch aus dem Lehrbuch kennt. Allerdings scheint die Aufgabe deutlich schwieriger als jene in Tschetschenien: Denn diesmal werden sich mehr als nur zwei Kontrahenten um den besten Platz am Verhandlungstisch in Kiew streiten. Guldimann, der während seiner Mission Schweizer Botschafter in Berlin bleibt, wollte bereits gestern Abend in Kiew erste Gespräche führen.

## Der schwer angeschlagene Staat braucht 35 Milliarden Dollar

Die Ukraine steht vor dem Bankrott. Russland blockiert Milliardenhilfen und ist im Gegensatz zum Westen nicht bereit, den Machtwechsel anzuerkennen.

Nach dem politischen Umsturz in der Ukraine hat Russland die Rechtmässigkeit der neuen Führung angezweifelt. «Falls sich Leute, die in schwarzen Masken und mit Kalaschnikow-Sturmgewehren durch Kiew schlendern, als Regierung bezeichnen, so wird die Arbeit mit einem solchen Kabinett sehr schwierig sein», sagte Regierungschef Dmitri Medwedew gestern in Sotschi der Agentur Interfax. «Es gibt niemanden, mit dem wir dort sprechen können.» Das Moskauer Aussenministerium warf der neuen Führung in der Ukraine «diktatorische Methoden» vor: «Man orientiert sich hin zu einer Repression derer, die in

verschiedenen Regionen der Ukraine nicht mit den diktatorischen und teils terroristischen Methoden einverstanden sind», erklärte das Aussenministerium. Russland hatte dem mittlerweile gestürzten Präsidenten Wiktor Janukowitsch Milliardenhilfen zugesagt. Kremlchef Wladimir Putin liess die Auszahlung aber angesichts der revolutionären Umbrüche im nahezu maroden «Bruderstaat» auf Eis legen.

Die neue ukrainische Führung um Übergangspräsident Alexander Turtschinow will offenbar schon heute Dienstag eine neue Regierung bilden und am 25. Mai einen Nachfolger für den gestürzten Staatschef Wiktor Janukowitsch wählen. Die Machthaber in Kiew liessen Janukowitsch gestern wegen «Massenmordes» zur Fahndung ausschreiben. Ein Ermittlungsverfahren sei eingeleitet worden, teilte der kommissarische Innenminister Arsen Awakow mit. Auch nach anderen ranghohen Amtsträgern werde wegen desselben

Vorwurfs gefahndet. Bei Protesten gegen Janukowitsch waren allein seit letztem Dienstag mindestens 82 Menschen getötet worden. Dabei schossen Scharfschützen gezielt auf Demonstranten. Laut Awakow hielt sich Janukowitsch zuletzt auf der prorussisch geprägten Halbinsel Krim auf. Gestern hiess es, er sei in ein russisch-orthodoxes Kloster geflüchtet.

**EU-Hilfe erst Ende Mai**

Die wirtschaftlich schwer angeschlagene Ukraine benötigt derweil nach eigenen Angaben 35 Milliarden US-Dollar Finanzhilfe. Die frühere Sowjetrepublik habe eine internationale Geberkonferenz unter Beteiligung der EU, der USA und des Internationalen Währungsfonds (IWF) vorgeschlagen, sagte der kommissarische Finanzminister Juri Kolobow. «Die Staatskasse ist geplündert, das Land ist so gut wie bankrott», sagte Arseni Jazenjuk von der Partei der Ex-Regierungschefin Julija Timoschenko. In Kiew wurde die EU-Aussenbeauftragte Catherine Ash-

ton zu Krisengesprächen mit der neuen Führung erwartet. Dabei sollte es auch um Finanzhilfen gehen. Aus EU-Kreisen verlautete jedoch, dass mit Hilfe nicht vor der für den 25. Mai geplanten Präsidentenwahl zu rechnen sei.

Brüssel will mit einer neu gewählten Regierung erneut über die Unterzeichnung des blockierten Assoziierungsabkommens verhandeln. «Wir sind bereit, das Assoziierungsabkommen zu unterzeichnen und dem Land in diesen schwierigen Zeiten zu helfen», sagte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy in Brüssel.

Am gestrigen Tag war der Maidan von Trauer beherrscht. Auf einer riesigen Leinwand am Rande des Platzes wurden die Gesichter der Todesopfer gezeigt - eines nach dem anderen, immer wieder. «Jetzt ist nicht die Zeit zum Feiern», sagte ein Demonstrant in schwarzem Kampfanzug. «Wir sind noch immer im Krieg. Wir werden hierbleiben, solange es nötig ist.» (Agenturen/TA)